

Reinhard Brandl, außen- und verteidigungspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, über neue Ausrüstung der Bundeswehr und deren Auslandseinsätze

„Wertschöpfung ist europäisch organisiert“

Reinhard Brandl aus Ingolstadt ist seit 2009 Abgeordneter der CSU im Bundestag und seit 2018 außen- und verteidigungspolitischer Sprecher der Landesgruppe. Wir sprachen mit ihm über die von den USA und der NATO geforderte Aufstockung des Verteidigungsetats und die Auswirkungen auf die Planungen der wehrtechnischen Industrie in Bayern.

BSZ Herr Brandl, in Berlin streiten Union und SPD wochenlang über viel Zweitrangiges und eher nebenbei auch über die Kosten der Bundeswehr. Erlaubt uns das die weltpolitische Lage?

BRANDL Nein. Seit 2014 hat sich die sicherheitspolitische Lage dramatisch verändert. Wir haben 2011 die Neuausrichtung der Bundeswehr auf den Weg gebracht. Damals standen vor allem Auslandseinsätze im Mittelpunkt; die Landesverteidigung wurde quasi mit erledigt, war aber nicht entscheidend für Struktur und Ausrüstung. Mit dem stärkeren Aufkommen des islamistischen Terrors, dem militärischen Eingreifen Russlands in der Ostukraine und der Annexion der Krim wurde die Landes- und Bündnisverteidigung wieder eine gleichrangige Aufgabe neben den Auslandseinsätzen.

BSZ Was waren die Folgen für die Bundeswehr?

BRANDL Wegen der Vernachlässigung der Landesverteidigung in den letzten 25 Jahren hat die Bun-



Reinhard Brandl beklagt die schlechte Ausrüstung der Bundeswehr.

deswehr heute in der Ausrüstung große Lücken. Das wirkt sich negativ auf ihre Einsatzfähigkeit aus. Deshalb geht es jetzt um Ausrüstung und nicht um Aufrüstung. Wir müssen uns zwei Herausforderungen stellen: Erstens müssen wir aufnehmen, was wir die letzten Jahrzehnte beim Materialerhalt und bei der Bevorratung von Ersatzteilen, wie beispielsweise bei der Munition, eingespart haben...

BSZ...mit ständigen Mängeln bei Transport- und Waffensystemen. Und was fehlt noch?

BRANDL Zweitens braucht die Bundeswehr einen echten technologischen Sprung, wie wir ihn in den 1970er- und 1980er-Jahren hatten! Zum Beispiel wurde 1972 der Transport-Hubschrauber CH 53 eingeführt. Dieser fliegende Lastesel arbeitet heute in Afghanistan noch jeden Tag. Er soll bis 2030 fliegen und ist dann fast 60 Jahre im Einsatz. Ebenfalls Anfang der 1970er-Jahre begann die Entwicklung des Tornado; auch er ist heute noch im Einsatz, etwa in Jordanien, und soll laut Planung noch bis 2035 fliegen.

BSZ Hat es damals nicht im Bundestag den langen Streit über den auch in Bayern entwickelten Jäger 90 gegeben?

BRANDL Richtig, den späteren Eurofighter! Heute sind wir froh, dass wir den aus eigener europäischer Herstellung haben. Nicht vorstellbar, wenn wir alle Flugzeuge und das dazugehörige Material im Ausland kaufen müssten. Wir wären damit auch außenpolitisch abhängig.

„Auswirkungen bis zu den mittelständischen Zulieferbetrieben“

Deshalb ist dies auch eine Frage von nationaler Souveränität.

BSZ Abgesehen davon dienen doch Forschung und Entwicklung für den Eurofighter auch den zivilen Airbus-Systemen?

BRANDL Das gilt für viele Produkte der Wehrtechnik und hat Auswirkungen bis zu den mittelständischen Zulieferbetrieben auch in Bayern. Der Ausgangspunkt dafür lag in den 1970er- beziehungsweise 1980er-Jahren und war in Bayern zugleich

der Start für die starke wehrtechnische Industrie...

BSZ...die andere Bundesländer ideologisch bedingt ablehnten. Wurde so Bayerns Weg zum Hightech-Land finanziert?

BRANDL Ja, weil viele Material-Forschungen aus dem Verteidigungsetat bezahlt wurden. Die Situation ist jetzt aber, dass viele dieser Systeme 30 bis 40 Jahre alt werden und damit an das Ende ihrer Nutzungszeit kommen. Wir brauchen deshalb wieder einen neuen technologischen Sprung!

BSZ Solche Projekte lassen sich aber nicht einfach bei Rüstungsfirmen bestellen?

BRANDL Natürlich nicht! Der Verteidigungshaushalt reicht derzeit aus, um die Bundeswehr, so wie sie heute ist, zu finanzieren. Wir hatten jahrelang zwei Milliarden für die Materialerhaltung, heute sind es über vier Milliarden; das ist ausreichend. Aber viele große Waffensysteme brauchen einen Generationswechsel. Dafür stehen aber zu wenig Mittel zur Verfügung.

BSZ Geht es darum beim aktuellen Haushaltsstreit mit Bundesfinanzminister Scholz?

BRANDL Ja, denn konkret müssen wir beim Bundeswehretat einen Widerspruch auflösen. Die Bundesregierung hat heuer im Juli auf dem NATO-Gipfel durch die Kanzlerin mit Zustimmung der SPD-Minister zugesagt, dass wir bis zum Jahr 2024 für die Verteidigung 1,5 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts ausgeben werden. Da legt Minister Scholz gleichzeitig seine Finanzplanung vor, in der die Ausgaben für Verteidigung im Verhältnis zum BIP bis 2023 sinken anstatt zu steigen. Da stellt sich für die Bundeswehr und alle be-

„Kapazitäten der wehrtechnischen Industrie sind abgebaut worden“

troffenen Unternehmen die Frage: Was gilt denn nun? Die Folge: Viele Projekte liegen derzeit auf Eis oder gehen nur langsam voran.

BSZ Um welche Projekte der Wehrtechnik geht es da im Blick auf bayerische Firmen?

BRANDL Man kann das nicht für Bayern isoliert betrachten. Die Wertschöpfung ist ja in vielen Bereichen national oder europäisch organisiert. Bei Bayern denken viele zuerst an Flugzeuge. Renk und MAN in Augsburg haben aber zum Beispiel auch große Kompetenz im Marinebereich.

BSZ Als Bergvolk haben wir eben einen starken Drang zum Meer. Bayerische Wehrtechnik ist aber oft mitbeteiligt?

BRANDL Dafür gibt es viele weitere Beispiele. Für Hubschrauber etwa ist Airbus Helicopter in Donauwörth der wichtigste Partner der Bundeswehr. Daneben gibt es RUAG in Oberpfaffenhofen oder die ESG in Fürstentfeldbruck. Die Eurofighter wurden unter anderem bei Airbus in

Manching produziert. Diese Produktion steht jetzt still, weil die Entscheidung für den Kauf neuer Flugzeuge noch nicht getroffen ist. Ferner steht das Projekt Pegasus an – als Nachfolger für den Euro-Hawk, ein unbemanntes Flugzeug...

BSZ...auch Drohne genannt und 2013 als großer „Skandal“ gestoppt. Jetzt wieder neu?

BRANDL Das Projekt läuft weiter, denn die Bundeswehr braucht dringend die Fähigkeit, das elektromag-



Der Militärtransporter A400M ist ein europäisches Gemeinschaftsprojekt. Teile für ihn kommen aus Bayern.

FOTO DPA

netische Spektrum in großer Höhe aufzuklären. Auf Basis dieser Daten arbeiten zum Beispiel die Selbstschutzsysteme von Flugzeugen. Die Aufklärungstechnik dafür wird unter anderem in Bayern und Baden-Württemberg entwickelt. Die Drohne selbst kaufen wir in den USA. Gemeinsam mit Frankreich, Spanien und Italien haben wir aber bereits damit begonnen, eine eigene Droh-

ne zu entwickeln. Beim neuen Raketenabwehrsystem TLVS, ein taktisches Luftverteidigungs-System (früher bekannt unter MEADS), ist dagegen die Entscheidung für die Beschaffung noch nicht gefallen.

BSZ Warum brauchen wir auch das jetzt wieder ganz neu?

BRANDL Weil das bisherige Luftabwehrsystem ja in seiner Grundarchitektur auch aus den 1980er-Jahren stammt! Das schützt uns vor Raketen der 1990er- und 2000er-Jahre, aber nicht vor modernen Langstreckenraketen. Diese wurden ja genau dafür entwickelt, dieses System zu überwinden. Um den Auftrag bewirbt sich nun MBDA aus Schrottenhausen.

BSZ Wäre die deutsche Industrie mit mehr Milliarden in der Lage, solche Aufträge zu verkraften?

BRANDL Waffensysteme sind doch nicht so schnell zu produzieren wie Kauf?

BRANDL So ist es. In all den Jahren, in denen die Bundeswehr geschrumpft wurde, sind in Deutschland auch Kapazitäten der wehrtechnischen Industrie abgebaut worden. Die Bundeswehr hat bei zu vielen Ersatzteilen schon sehr lange noch geringe Produktionskapazitäten vorhalten. Allerdings muss man auch sehen, dass heute Deutschland alleine nicht mehr in der Lage ist, so große Projekte wie etwa einen Nachfolger für den Eurofighter zu stemmen. Ein neues Flugsystem mit bemannten und unbemannten Komponenten zu entwickeln, schafft kein Land in Europa alleine.

Daher müssen wir dafür internationale und vor allem europäische Bündnisse eingehen, um überhaupt eine finanzierbare Stückzahl zu er-

reichen und uns die Entwicklungskosten dann zu teilen.

BSZ Für internationale Bündnisse und Verträge braucht man doch eine langfristige Finanzplanung, um auch zahlen zu können. Wie verträgt sich das mit schrumpfendem Etat?

BRANDL Unsere Partner erwarten von uns, dass wir ihnen Verlässlichkeit und langfristige Sicherheit bieten, bevor wir gemeinsame Projekte auf den Weg bringen können. Ein Beispiel, wo es im Moment hakt: Deutschland hat politisch zugesagt, in Kooperation mit Norwegen neue U-Boote zu entwickeln. Die Mittel für diese Kooperation sind aber im Haushalt nicht abgedeckt. Das macht uns international nicht gerade glaubwürdig.

BSZ Im Wettlauf der Wehrtechnik werden ständig in aller Welt neue Waffen entwickelt, um die der anderen zu übertreffen. Wie kommen wir da zu einer Abrüstung, um das Geld für wirtschaftliche Entwicklung nutzen zu können?

BRANDL Für uns geht es nicht um ein Auf- oder Wetrüsten, sondern darum, dass die Bundeswehr in der Lage ist, mit unseren Partnern im Ernstfall das Bündnisgebiet gegen Angriffe zu verteidigen. Wir waren ja bei der Abrüstung gemeinsam mit Russland und den USA schon auf einem guten Weg. Ich hätte es mir anders gewünscht und bedauere zu tiefst, dass Russland uns mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, der Destabilisierung der Ostukraine und der Beeinflussung der Wahl in den USA diese Partnerschaft wieder erschwert hat.

BSZ Die USA haben aus der Ferne ein anderes Verhältnis zu Russland als wir direkte Nachbarn in Europa. Wie kommen wir wieder zur Partnerschaft zurück und weg von den für beide Seiten schädlichen Wirtschaftssanktionen?

BRANDL Wir könnten mit Russland sehr viel mehr gemeinsame wirtschaftliche Ziele erreichen. Die derzeitige Regierung in Moskau verfolgt jedoch nicht nur eine fragwürdige Politik in der Ukraine und in Syrien; sie neigt auch zum Versuch, die europäischen Staaten zu spalten. Wir sind an einer engen Partnerschaft mit Russland interessiert, unsere Hand ist und bleibt ausgestreckt. Frieden in Europa wird es

nur zusammen mit Russland geben. Aber wir können nicht alles akzeptieren, wenn die Regierung in Moskau gegen das Völkerrecht handelt. Wir dürfen das nichts schönreden, sondern müssen Differenzen offen ansprechen.

BSZ Die USA fordern ständig mehr Mittel der Europäer für Militärausgaben. Militäreinsätze in Krisengebieten im Auftrag der UNO machen aber ohne wirtschaftliche Aufbaubarbeit wenig Sinn. Kann man Entwicklungshilfe nicht auch auf das NATO-Ziel anrechnen?

BRANDL Leider nein. Die NATO ist eben ein Verteidigungsbündnis und kümmert sich daher nur um militärische Aufgaben. Die Bundeswehr schützt nur in wenigen Fällen zivile Entwicklungshilfe direkt. Das würde sie mit ihren Kapazitäten gar nicht schaffen und die Entwicklungshelfer würden das auch nicht wollen. Die Schutz-Komponente stellen wir im-

„Fähigkeiten aller Armeen der europäischen Union verschmelzen“

mer nur für eigene oder verbündete militärische Kräfte. Daneben bilden wir in den Auslandseinsätzen örtliche Sicherheitskräfte aus oder beraten sie. Erst wenn die es geschafft haben, „selbsttragende Sicherheit“ herzustellen, kann Entwicklungshilfe überhaupt stattfinden.

BSZ Wären sicherheitspolitisch nicht Investitionen in beiden Bereichen sinnvoller?

BRANDL Natürlich! Darum haben wir ja nicht nur den Etat der Bundeswehr erhöht, sondern zugleich den für Entwicklungszusammenarbeit. Doch es braucht ein Mindestmaß an Sicherheit, bevor man soziale Ursachen von Krisen und Kriegen überhaupt bekämpfen kann. Ich bedaure es aber sehr, dass sich bei den US-Amerikanern dabei die Verhältnisse dramatisch verschoben haben. Deutlich mehr Investitionen in das Militär, aber gleichzeitig bei der Entwicklungshilfe kräftig zu kürzen, halte ich für total verfehlt.

BSZ Die Linken kritisieren, dass die Militärausgaben allein der europäischen NATO-Länder um ein Vielfaches höher sind als die in Russland.

BRANDL Zum einen halte ich über-

haupt nichts von Vergleichen der NATO mit Russland. Wir warnen uns in der NATO nicht gegen ein bestimmtes Land, sondern gegen ein breites Spektrum möglicher Bedrohungen. Zum anderen haben wir in Europa das Problem, dass die Verteidigung noch immer sehr national ausgerichtet ist. Das heißt: Jeder hat ein bisschen was, aber es gibt nur begrenzte Zusammenarbeit.

BSZ Wie kann man das ändern?

BRANDL Wir haben in den letzten Jahren von Deutschland aus versucht, dem entgegenzuwirken und zum Beispiel eine sehr enge Kooperation mit den Niederländern aufgebaut. Das bedeutet, dass wir in der Ausrüstung gemeinsamer Truppenteile immer mehr gemeinsam produzieren und nutzen – zum Beispiel ein niederländisches Schiff für die Ausbildung unserer Marine. Mit Frankreich zusammen werden wir kleinere Transportflugzeuge kaufen, die nur

in Frankreich stationiert, aber gemeinsam genutzt werden. Mit Polen haben wir auch bereits eine intensive Kooperation.

BSZ Soll daraus irgendwann die europäische Armee werden?

BRANDL Nein. Unser Ziel ist es nicht, eine neue europäische Armee aufzubauen, sondern die Fähigkeiten aller Armeen der europäischen Union immer mehr zu verschmelzen.

BSZ Führt der Druck von Trump auf die Europäer nicht ungewollt dazu, was damals Strauß mit der europäischen Luftfahrt-Industrie anstrebte: auch politisch unabhängiger von den USA zu werden?

BRANDL In der Tat sind durch Trump das Bewusstsein und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit in Europa gewachsen, das spürt man. Allerdings warne ich davor, uns völlig von den USA abzukoppeln. Sie sind der wichtigste Partner für die Sicherheit in Europa. Es wird nach Trump wieder eine Zeit geben, in der die Zusammenarbeit – auch wirtschaftlich – wieder besser läuft. Wenn wir jetzt viel Porzellan zerschlagen, müssen wir später wieder viel aufkehren.

Interview: HANNES BURGER